Presseinformation

Deutsches Verkehrsforum

Kontakt: Ingrid Kudirka ▪
Klingelhöferstraße 7 ▪
10785 Berlin ▪
Tel. 030 / 26 39 54-30 ▪
Fax 030 / 26 39 54-22 ▪
kudirka@verkehrsforum.de ▪

Anlässlich der Verkehrsministerkonferenz fordert das DVF:

Finanzierung des Nahverkehrs absichern: Bund und Länder müssen Weichen für die Zukunft stellen

Berlin, 30. September 2014 – „Dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) droht am 1. Januar 2015 der Kollaps, denn es ist heute immer noch unklar, in welcher Höhe die Länder künftig Nahverkehrsleistungen bestellen können“ mahnt **Thomas Hailer**, Geschäftsführer Deutsches Verkehrsforum, anlässlich der bevorstehenden Länderverkehrsministerkonferenz am 1. / 2. Oktober 2014 in Kiel. „Bund und Länder müssen sich jetzt endlich über die Fortschreibung der sogenannten Regionalisierungsmittel einigen. Dazu ist besonders wichtig, dass die Bundesländer aus ihrer Verkehrsministerkonferenz geschlossen mit einem gemeinsamen Konzept herausgehen.“

DVF-Präsidiumsmitglied **Dr. Sigrid Nikutta**, Vorstandsvorsitzende und Vorstand Betrieb Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), forderte auf einer Veranstaltung des DVF mehr Geld für den Nahverkehr und eine neue, langfristig tragbare Struktur der Finanzierungsinstrumente von Bund und Ländern. Vor allem gelte es, die vorhandenen Finanzierungsinstrumente wie GVFG und Regionalisierungsgesetz weiterzuführen, den Anforderungen entsprechend finanziell auszustatten und zu dynamisieren. „Für 2015 steht die Revision der Regionalisierungsmittel an, über die es noch keine Einigung gibt. Dies ist nicht hinnehmbar.“, so Nikutta. Sie sprach sich für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel von heute 7,3 auf 8,5 Milliarden Euro mit einer Dynamisierung von 3 % statt bisher 1,5 % aus. Die Mittel sollten zweckgebunden für die Förderung der kommunalen Verkehrswege bzw. zur Bestellung von Verkehrsleistungen eingesetzt werden.

Nikutta forderte darüber hinaus die Politik auf, im Rahmen der Daseinsvorsorge noch stärker als bisher ihrer Verpflichtung für Erhalt und Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur nachzukommen: „In den zurückliegenden Jahrzehnten konnten die Verkehrsunternehmen Dank Fördermitteln des Bundes in neue Verkehrsinfrastrukturen investieren bzw. ausweiten. Die Folgekosten der Infrastrukturen wurden nicht mehr gefördert. Die Verkehrsunternehmen können die Last nicht alleine schultern. Wir wollen deshalb, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG inhaltlich neu ausgestaltet wird. Was einst als Neubau gefördert wurde, wird heute zum Ersatzneubau. Der Erhalt der bestehenden Infrastruktur muss künftig im Vordergrund stehen. Für eine effiziente Verwendung der Mittel müssen daher die Förderkriterien neu gestaltet werden.“ Die Zeit dränge, so Nikutta weiter, denn in vielen Städten und Kommunen seien die U-, S,- und Straßenbahnen samt ihrer Infrastruktur über 30 Jahre alt. Es habe sich ein gewaltiger Investitionsstau aufgebaut. Allein der Erhalt der Fahrwege betrage 4 Milliarden Euro und erhöhe sich jährlich um 500 Mio. Euro.

---

*Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.*